

3. gehört mit zu den Zeichen der Wiederkunft des Messias der Weltkrieg gegen das kleine Israel, das der Ewige zum „Laststein“ (ewen ma'amasah) unter die Völker gelegt hat. Denn alle jene, die ihn auch mittels diplomatischer Verhandlungen beiseite legen wollen, müssen sich daran die Hände wundreißen. Denn es werden sich „alle Völker (kol hamim) auf Erden wider sie versammeln“. Israel wird zur Giftschale (hebr.: saf ra'al) für alle Völker, so daß man sich fragen muß, wo bleiben dabei die Kirchen und die weltweite Christenheit? Und in Sach. 12,4 geht es weiter mit „be-jom hahu“ (am Gerichtstag Gottes) will ich alle Rosse scheu und ihren Reitern bange machen, aber über das Haus Jehuda will ich meine Augen offen haben und alle Rosse der Völker mit Blindheit plagen (...). Und fürwahr, die Zahl der Feinde

Israels wächst zusehends, wie man am Spektakel in der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York ablesen kann.

Wer alle diese Alarmzeichen nicht kennt oder kennen will, der ist alsbald ein Verführter des allgemeinen politischen und kirchlichen Mainstreaming. Doch die „Gottlosigkeit von Jakob“ (Röm. 11,26-27) wird nach Sach. 12,10 hinweggenommen werden, wenn Israel durch den „ruach chen wetachanunim“ (Geist der Gnade und des flehentlichen Erbarmens) in dem dereinst verschmähten „Jesus aus Nazareth“ den durch sie – die Juden – Gekreuzigten werden erkennen und anerkennen müssen. Erst dann hat sich der Kreis des göttlichen Heilshandels endgültig geschlossen – für Israel, das Buße tun wird (Sach. 12,10-14) und für die Völker zum Gericht.

Der „Tag Jehovahs“ ist also kein spektakuläres Ereignis in einer ungewissen Zukunft, wie die Kirchentheologen meinen, wenn sie diesen Tag erst in 500 oder 1000 Jahren erwarten. Die Zeichen in der Welt stehen auf Sturm, wenn man zum einen den grassierenden Unglauben unter den einst christlichen Völkern beobachtet und zum anderen sich vergegenwärtigen muß, was sich im Nahen und Mittleren Osten an kriegerischen Aktionen zusammenbraut und die zunehmend ratlose Welt zu all diesen Ereignissen Stellung beziehen muß. Gottes messianischer Gesandter ist bereits unterwegs und der Vätergott folgt ihm unmittelbar, um Israel heimzuholen und an den Völkern sein läuterndes Gericht zu vollstrecken.

Klaus Mosche Pütz

DER EINGEFRORENE FRIEDE IN NAHOST

Wie soll es weitergehen nach dem letzten Waffengang Israels mit der berüchtigten Chamas-Terrororganisation im Gazastreifen? Netanjahus Rede vor einem halb besetzten Auditorium bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York. Ende September zeichnete Israels Regierungschef ein düsteres Bild über die Lage im Nahen und Mittleren Osten. Fast gelähmt schaut die internationale Staatengemeinschaft dem Vormarsch militanter Islamisten der IS (Islamischer Staat) zu, wenn sie westliche Geiseln vor laufender Kamera den Kopf abschneiden und zugleich in Deutschlands Medien unaufhörlich für den Einlaß von Flüchtlingen aus jenen umkämpften Gebieten in Irak und Syrien Werbung betrieben wird, anstatt auf die muslimischen Bruderstaaten in den reichen Ölförder-

ländern zu verweisen. Gott allein weiß, wie viele unter jenen „Flüchtlingen“ potentielle Islamisten sind, die nur danach trachten, ihre Hegemonialansprüche durch Terror und subversive Tätigkeit in Richtung eines Kalifatstaates durchzusetzen. Eine nicht wehrhafte Demokratie kann so unterminiert werden von destruktiven Kräften, wie einst der Usurpator Hitler auf regulärem demokratischen Weg 1933 zum Reichskanzler gewählt wurde. Davon träumen die Muslime hierzulande, ohne dies offen auszusprechen. Es wäre der Sieg über ein diffuses Menschenbild, das längst sein christliches Vorbild aufgegeben hat, und so der zunehmend dekadente Westen ein leichtes Opfer von fanatisierten Islamisten wird.

Während man so gern in christlichen Kreisen von Toleranz ge-

genüber jedermann spricht, kennt der Islam nur sich selbst und strebt einen weltweiten Panislamismus an, aber wie viel Vielfalt erträgt unsere Gesellschaft, die täglich von neuen Flüchtlingschüben vor allem aus muslimischen Ländern untergraben wird? Deutschlands Bürden sozusagen als Financier europäischer Bündnisstaaten und nun auch als neue Heimat eines unüberschaubaren Flüchtlingsstroms sind von Monat zu Monat immer weniger zu stemmen. Islamisten hätten nach Augenzeugenberichten die Kurden bei Demonstrationen in Hamburg, Celle und anderswo mit Metallstangen, Macheten und spitzen Gegenständen angegriffen. Es gibt sie also jene islamistischen Salafisten auch mitten unter uns, entgegen der Meinung von Grüne, SPD und Pro-Asyl, die sämtliche



Wie viel Vielfalt erträgt unsere Gesellschaft, die täglich von neuen Flüchtlingsschüben vornehmlich aus muslimischen Ländern untergraben wird? Sobald ein Flüchtling seinen Fuß auf den Strand von Lampedusa setzt, hat er mehr Rechte, als wenn er die gefährvolle Reise nicht angetreten hätte. Bislang verführt unser Rechtssystem die Menschen dazu, Schleuser zu bezahlen und ein hohes persönliches Sicherheitsrisiko bei der Überfahrt auf sich zu nehmen. Sofern viele dieser Wirtschaftsflüchtlinge aus Afrika nicht wieder in ihre Heimat zurückgeschickt werden, bleibt der Weg nach Europa attraktiv. Legale und illegale Flüchtlinge werden gleich behandelt. In der Flüchtlingspolitik lehnen zudem die meisten EU-Staaten die von Deutschland geforderten Verteilungsquoten ab.

Muslime für harmlos erklären. Solche Ausschreitungen gefährden den inneren Frieden in Deutschland. Eine Regierung, die zum einen Führungsschwäche zeigt und zum anderen über keine Weitsicht verfügt, ruiniert seine Bürger und damit seine Wähler, die in bescheidenem Maßstab Zuflucht suchen bei einer AfD-Partei, die zu den nationalen Wurzeln zurückkehren will und die ein uneinsichtiger und unkorrigierbarer Finanzminister Schäuble dafür als „demagogisch“ klassifiziert. Mehr fällt dem deutschen Kassenwart dazu nicht ein.

Wenn die deutschen Sicherheitspolitiker klug sind, werden sie das Prinzip „Null Toleranz“, das seit gut 15 Jahren gegen Verwahrlosungstendenzen in deutschen Städten und daraus resultierende allgemeine Kriminalität entsteht,

nun in ganz starkem Maße gegen islamistischen, insbesondere salafistischen Terror in Deutschland einsetzen. Denn Terror existiert nicht nur in Gestalt physischer Gewalt, sondern auch auf intellektueller Ebene. Wer das öffentliche Auftreten von Haßpredigern duldet, holt sich den Terror ins eigene Land. Dabei ist es gleichgültig, ob sich solche Individuen in prominenten Talkshows tummeln oder in der wachsenden Anzahl an Moscheen in Deutschland agieren. An dieser Stelle Unnachgiebigkeit zu beweisen, hat nichts mit „politisch rechts“ zu tun, sondern mit Pragmatismus und der Tatsache, daß es abwärts geht mit jedem Staat, der – prinzipiell notwendige – Toleranz mit Indifferenz oder Schlafmützigkeit verwechselt und dann zum Nachwächterstaat degeneriert und nicht nur das, son-

dern auch zum Einfallstor weiterer islamistischer Extremisten einläßt.

Und die Bundeskanzlerin sieht sich nach wie vor mit dem Geld ihrer braven Bürger als Retterin ganz Europas, wie einst der Diktator Adolf Hitler sich als Befreier Europas mittels militärischer Stärke sah. Frau Merkel, als die einstige Seiteneinsteigerin aus der DDR, verschleiert ihre Machtgölüste, aber Deutschland als wirtschaftliche Führungsmacht wird mit Merkels Hilfe von Ausländern à la Claude Juncker oder Mario Draghi sukzessive ausgezehrt, so daß auf diese uncharmanten Weise der deutsche Bürger um die Früchte seiner Arbeit betrogen wird. Denn es ist keine Frage, daß Deutschland das Problem der Armut in der Dritten Welt niemals durch Migration schultern kann.

Zwangseinquartierungen in private Haushalte wäre dann der letzte Schritt, um einen Aufstand in Deutschland anzufachen, der in die Hände von rechtsnationalen Kräften spielen würde. Dies kann niemals im Sinne einer deutschen Regierung sein.

Die Schwachheit der westlichen Demokratien beweist sich gerade auch an deren Haltung gegenüber dem Staate Israel. „Ich will sämtliche Lügen widerlegen, die über Israel verbreitet werden“, lauteten die Einführungsworte von Israels Regierungschef Netanjahu anlässlich besagter UN-Generalversammlung. Tags zuvor stand am Rednerpult der Palästinenserpräsident Machmud Abbas, der Israel vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag der Kriegsverbrechen wegen des letzten Waffenganges im Gazastreifen anklagen will. Netanjahu konterte, indem er in seiner Rede das Chamas-Regime in Gaza der Kriegsverbrechen gegen die eigene Bevölkerung und gegen die Städte und Siedlungen vornehmlich im Süden Israels durch fortgesetzte Raketenangriffe bezichtigte. Selbst Kinder mißbrauchte die „Chamas“ als menschliche Schutzschilder, indem dadurch die Raketenabschußrampen geschützt werden sollten. Die gleiche Politik betreibt übrigens auch die Hisb-Allah im Süden des Libanon. Laut Netanjahu wäre es höchste Zeit, gegen den islamistischen Terror weltweit Front zu machen.

Während in Teheran Regimegegner öffentlich gehängt werden, geschieht Gleiches in Gaza, junge Frauen werden in Nigeria entführt, vergewaltigt und als Sklavinnen verkauft und Hunderttausende in Syrien, Libyen und Irak regelrecht abgeschlachtet. Doch der UN-Human Rights Council richtet sein Augenmerk ausgerechnet auf Israel als die einzige Demokratie im Nahen und Mittleren Osten. Daß Israel seit seiner Entstehung von den arabischen Staaten dämonisiert wird, war nicht verwunderlich.

Doch verwunderlich ist, daß selbst das Weltforum der Vereinten Nationen sich anschickt, unter dem Druck der muslimischen Mitgliedsstaaten Israel ebenfalls zu stigmatisieren, dies ist nicht nur ein Nomen, sondern ein Oxymoron, da es ja gerade die Aufgabe des UN-Menschenrechtsforums ist, über die Menschenrechte weltweit zu wachen, die die zunehmenden muslimischen Terror-Organisationen mit Füßen treten.

Israel hat in seiner kurzen Geschichte bislang keinen arabischen Anrainerstaat angegriffen. Alle bisherigen kriegerischen Auseinandersetzungen in der nahöstlichen Region wurden von den arabischen Staaten begonnen. Selbst Israels Atomwaffen dienen keinem Angriffskrieg, sondern der Selbstverteidigung des Judenstaates. Prekär wird es allerdings, wenn ein Staat wie der Iran damit droht, Israel von der Landkarte wischen zu wollen und in seiner Waffenschmiede auch an Nuklearwaffen bastelt. In solch einem Falle wäre seitens Israels ein Präventionsschlag gegen den Ayatollahstaat denkbar. Denn es ist keine Frage, daß der designierte iranische Regierungschef Rouhani die Welt nur an der Nase herumführt, wenn er behauptet, daß Irans Nuklearprogramm lediglich friedlichen Zwecken diene, aber den IAEA-Kontrolleuren der Zugang zu den Turbinen zur Atom-anreicherung verwehrt wird. Gleiches bezieht sich auch auf den Schwerwasser-Reaktor in Arak, der den Bau von Plutonium-Bomben ermöglicht. Wieder einmal steckt die Welt vor solchen Gefahren den Kopf in den Sand, obschon es in ihrem Interesse liegen müßte, Gefahren für den Weltfrieden rechtzeitig zu erkennen und dementsprechend abzuwenden. Denn gerade im Nahen und Mittleren Osten tickt eine gefährliche Zeitbombe, die sämtliche friedliebenden Staaten auf den Plan rufen müßte. Daß Rußland und China nicht zu diesen Ordnungs-

mächten gehören, erschwert eine Konsolidierung der Welt in Richtung eines gesicherten und dauerhaften Friedens. Da hilft es auch nicht, wenn sich Netanjahu am Ende seiner Ansprache auf den Propheten Jesaja (62,1) beruft, wonach er um Zions willen nicht zu schweigen gedenkt, „bis daß ihre Gerechtigkeit aufgehe wie ein Glanz und ihr Heil entbrenne wie eine Fackel“. Denn mit einer solchen Äußerung verweist Netanjahu auf ein eschatologisches Event, das nur in Konkordanz mit dem Willen Gottes UND SEINES MESSIAS JESCHUA (Psalm 2,2) geschehen kann und wird, was aber dennoch weiterhin aussteht, solange das Volk der Juden seinen eigenen und eigentlichen Friedensbringer Jeschua (Jes. 9,5) dämonisiert und mit Verachtung schmäht! Demzufolge geht das vergebliche Ringen um Frieden in und um Israel und in der Welt weiter. Die Kirche, die nur eigene Interessen verfolgt und Israel lediglich als Politikum sieht, hat hierfür kein Mandat.

Nachdem Palästinenserpräsident Machmud Abbas sich der Sprachregelung der Chamas-Terrororganisation angeschlossen hat, dürfte bis auf weiteres der Friedensprozeß auf Eis liegen. Doch der Bau weiterer jüdischer Siedlungen auf dem Gebiet der Westbank wird ebenfalls für Irritationen sowohl bei den amerikanischen Freunden als auch in der EU sorgen.

Spenden für den Terror

Wenn Abdallah Frangi aus den Fenstern seiner Villa in Gaza-Stadt schaut, sieht er Menschen auf Eselskarren über die Straßen fahren. Sprit ist für viele zu teuer geworden. Die Armut grassiert. Der 50-tägige Krieg zwischen Israel und der radikal-islamischen Chamas hat Teile des Küstenstreifens zerstört und seine Entwicklung um Jahre zurückgeworfen.

Die Not lindern, die Schäden

erfassen und zehntausenden Obdachlosen ein Heim geben, gehört zu den Aufgaben, die Abdallah Frangi zu koordinieren hat. Jahrzehntlang war er der offizielle Vertreter der Palästinenser in Deutschland; seit Juli ist der 70-Jährige der Gouverneur in Gaza-Stadt. Doch störte es ihn offensichtlich nicht, daß sich die Chamas nicht nur bewaffnete, sondern klammheimlich unter der Stadt ein ganzes Tunnelsystem anlegte, was sogar die Statik der Gebäude gefährdet. Denn Israel hat beileibe nicht sämtliche Tunnelanlagen zerstören können. So hofft Frangi wie alle Gaza-Bewohner, daß sich nun wieder einmal die internationale Gemeinschaft bei der für den 12. Oktober anberaumten Geberkonferenz in Kairo freigebig zeigen und Milliarden für den Wiederaufbau spenden wird. Und in der Tat fand an diesem Datum besagte Geberkonferenz statt, wo Palästinenserpräsident Abbas wieder einmal eine Brandrede gegen Israel hielt. Die Regierungen Ägyptens und Norwegens hatten rund 30 Außenminister zu jener Geberkonferenz für den Wiederaufbau des Gazastreifens eingeladen gehabt. Aber ausgerechnet die beiden Kombattanten Israel und Chamas konnten ihre Positionen nicht darlegen. Vier Milliarden US-Dollar (rund 3,2 Milliarden Euro) seien nach Schätzungen von Abbas für den Wiederaufbau erforderlich. 5,4 Milliarden Dollar kamen letztlich zusammen. Nach Angaben von US-Außenminister Kerry bezuschussen die USA den Wiederaufbau mit 212 Millionen US-Dollar. Insgesamt will die EU 450 Millionen Euro bereitstellen. Und Deutschland steuert weitere 50 Millionen Euro als „bilaterale Hilfe“ bei. Das Emirat Qatar will eine Milliarde US-Dollar spenden.

Doch die internationale Gemeinschaft wird des Geldgebens langsam müde. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon warnte, solche Konferenzen dürften nicht zum Ritual wer-



Vertreter zahlreicher Staaten berieten auf Einladung der ägyptischen und norwegischen Regierung in Kairo über finanzielle Wiederaufbauhilfe für den Gazastreifen

den: „Aufbauen und zerstören - und dann von der internationalen Gemeinschaft erwarten, sie zahle die Rechnung“. Und auch US-Außenminister Kerry wünschte sich eine „nachhaltige“ Lösung des Nahostkonflikts. Dem Gazastreifen könne nur dann geholfen werden, wenn er unter palästinensischer Selbstverwaltung stünde, sagte Kerry. So lange die Chamas Raketen auf Israel abfeuert, so lange leben auch die Menschen in Gaza weiter in Gefahr.“ Daß auch die Menschen vor allem im Süden Israels in Gefahr leben, erwähnte Kerry allerdings nicht. Daß Israel obschon direkt Betroffener an besagter Geberkonferenz eingeladen war, ist ein grundlegender Fehler, denn sämtliche Spendengelder hätten an die Bedingung geknüpft werden müssen, daß die „Chamas“ entwaffnet und demzufolge der Gazastreifen entmilitarisiert gehört. Der Kommandeur der israelischen Luftwaffe berichtete gegenüber der „Times“, daß die Chamas bereits die Produktion seiner Raketen wieder aufgenommen habe.

Palästinenserpräsident Abbas kamen diese hoffnungsvollen Töne gelegen. Prompt forderte er die Gründung eines unabhängigen

Palästinenserstaates unter Aufsicht der Vereinten Nationen (UN). „Die UN sollten eine Grenzziehung überwachen, die es Israel und einem Palästinenserstaat erlauben würde, „in guter Nachbarschaft“ zu leben“, meinte Abbas; verschwieg allerdings seine Forderung, wonach Israel sich auf die Grenzen vor dem Sechs-Tage-Krieg 1967 zurückziehen habe, was Israel kategorisch ablehnt. Hinzu käme noch die Flüchtlingsfrage sowie die Freilassung sämtlicher palästinensischer Gefangener aus israelischen Gefängnissen, die wegen Terroranschlägen inhaftiert wurden. Darüber hinaus müßte gewährleistet sein, daß sich die Terror-Organisation Chamas nicht auch in der Westbank etabliert, um von dort aus Anschläge und Angriffe auf Israel vorzunehmen. Die Ermordung der drei jüdischen Jugendlichen bei Hebron (BNI berichtete) ging beispielsweise auf das Konto von zwei Chamas-Aktivisten, die in der Westbank lebten. Abbas bedauerte mit keiner Silbe die 4.500 Raketenangriffe der Chamas auf Israel im Verlauf von neun Jahren, sondern beklagte einseitig die „Tragödie“ für die Bewohner von Gaza und damit Israels Aggression. Ins

gleiche Horn stieß die europäische Außenbeauftragte Catherine Ashton, die sich den Ausführungen von Abbas anschloß.

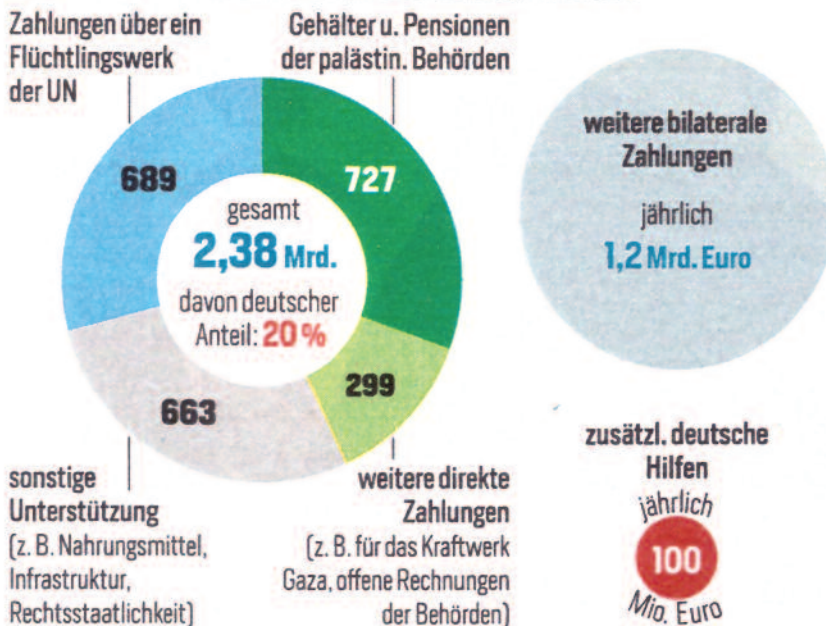
Wohin geht das ganze Geld?

Bei der Geberkonferenz wurden keine Kontrollorgane eingesetzt, die eine korrekte Verwendung der Gelder prüft. Somit stellt sich die Kardinalfrage, ob dieses Geld wirklich bei den Bedürftigen ankommen wird? Oder finanziert es die Apparate der zerstrittenen Palästinenser-Organisationen „Chamas“ und „Fatach“? Wird es womöglich gar in Waffenkampf, Terrorarmeen und Wiederaufbau geheimer Angriffstunnel nach Israel investiert, zumal Gaza bereits vor einiger Zeit vom Emir aus Qatar 500 Millionen Dollar geschenkt bekam. Wo ist dieses Geld geblieben? Es liegt auf der Hand, daß sich die Spur der Spendengelder in den Palästinensergebieten nur schwer verfolgen läßt. Denn ein Prinzip, das dort regiert, heißt „Korruption“ und „Selbstbedienung“. Davon weiß Isam Chadj Hussein zu berichten. In Ramallah leitet er nämlich die Arbeit von „Aman“, des regionalen Partners von „Transparency International“. Die Hotline, die „Aman“ zur Überwachung des Wiederaufbaus eingerichtet hat, erhielt innerhalb weniger Tage hundert Beschwerdeanrufe. Eine häufige Klage: Die Bedürftigen müßten den Behörden Geld zahlen, wenn sie an gespendete Hilfsgüter kommen wollen.

Korruption sei ein Geburtsfehler der Autonomie, erklärt Hussein. Bei dem Friedensabkommen von Oslo in den 90er Jahren sei eine Behörde geschaffen worden, die nur aus der „Fatach“ bestand: „Die Partei hat das Westjordanland und Gaza regiert und sich selbst kontrolliert!“ Zwar setzte der damalige Palästinenserpräsident Salam Fajad 2010 eine Kommission und ein Gericht gegen Bestechung und Veruntreuung ein.

Am Tropf der Welt

EU-Finanzhilfen für Palästina von 2008 bis 2012, in Mio. Euro



Kaum eine Region erhält mehr Hilfe Zwischen 1994 und 2007 hat die EU 3,3 Milliarden Euro bereit gestellt

Quelle: EU-Kommission und Rechnungshof/OECD



Präsident ohne Staat Mahmud Abbas ist Chef der moderaten Fatah. Auch sein Westjordanland ist geplagt von Korruption

Doch Schuldsprüche gab es bislang kaum, weil eine Hand die andere wäscht, wie man gern im Orient sagt. Selbst in Israel ist Korruption sogar bei prominenten Politikern, wie bei dem ehemaligen Premierminister Ehud Olmert und etlichen ultraorthodoxen Politikern von der sephardischen SCHAS-Partei, wie Arie Deri, Pinchasi

oder Levy, fast zur Gewohnheit geworden. Manche setzen sich noch schnell ins Ausland ab, um einer Verurteilung zuvor zu kommen. So wie der Palästinenser Mohammed Raschid, der einst als Finanzberater für Yassir Arafat weltweit mit den Millionen der PLO jonglierte. Das Gericht erlegte ihm 2012 eine 15-jährige Haftstrafe

und die Rückzahlung von 34 Millionen US-Dollar auf. Aus London höhnt Raschid nun, die Familie von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas sitze selbst auf einem Millionenvermögen. Oder denken wir an Arafats Gattin Suha, eine einstige Christin, die zum Islam konvertierte, und mit dem Vermögen ihres Gatten nach Paris durchbrannte, wo sie ein recht luxuriöses Leben führt.

Im Jahr 2012 versuchte der Europäische Rechnungshof, sich die Zahlungen der EU genauer anzusehen. Monatelang studierten die Experten aus Luxemburg Akten, zwei Wochen lang reisten sie in die Westbank, nach Ost-Jerusalem und in den Gazastreifen – in Panzerfahrzeugen und beschützt von Sicherheitskräften. Bei den Hilfen bestehe „Überarbeitungsbedarf“, konstatierten die Prüfer Ende 2013 in ihrem wenig beachteten Sonderbericht. Sie kritisieren, daß die EU ihre Gaben an die Autonomiebehörde an keinerlei Bedingungen knüpfe, etwa daran, den öffentlichen Dienst nicht weiter aufzublähen oder das Finanzmanagement zu verbessern. Der Rechnungshof rügt insbesondere, daß die EU Bedienstete im Gazastreifen bezahlt, die gar keiner Arbeit nachgehen. Die Chamas hatte nach ihrer Machtübernahme 2007 rund 40.000 Fatach-Mitglieder bei vollen Bezügen (!) einfach nach Hause geschickt, um ihren eigenen Anhängern Jobs und Einfluß zu verschaffen. Die EU überweist weiterhin zwölf Millionen Euro monatlich an direkten Hilfen für Beamte und Pensionäre. Ein Teil des offiziellen Personalbudgets finanziert sogar Terroristen. Die Autonomiebehörde zahlt Palästinensern, die wegen der Beteiligung an Anschlägen in israelischen Gefängnissen sitzen, monatliche Gehälter von bis zu 2.770 Euro. Das berichtete das israelische Außenministerium im Juni 2014 unter Berufung auf das Blatt der Autonomiebehörde „Al Hajat Al-Djadida“. Verurteilte Palästi-

nenser erhielten demnach 2012 mehr als 60 Millionen Euro. Eine ebenso hohe Summe ging an die Angehörigen verstorbener Gefangener und Familien von Selbstmordattentätern.

EU-Haushälter Michael Theurer warnt: „Es besteht die Gefahr, daß EU-Steuergeld in größerem Umfang in nicht nachvollziehbare Quellen fließt“, sagt der FDP-Politiker aus Baden-Württemberg, „man kann nicht ausschließen, daß es auch bei der Chamas landet, die von der EU als terroristische Organisation angesehen wird.“ Weil in Gaza die Chamas regiert und es dort keine klare Trennung zwischen Partei und Behörden gibt, unterstützt die EU den Krieg radikaler Palästinenser gegen Israel zumindest indirekt. Je mehr Hilfsgelder dort in Verwaltung oder Infrastruktur fließen, desto mehr Ressourcen aus den oft diskreten Spenden aus den Golfstaaten bleiben beispielsweise für den Bau aufwendiger Tunnelanlagen, die im Kampf gegen Israel angelegt werden.

Bis heute hat die EU-Kommission die Kritik des Rechnungshofes nicht beherzigt. In einer Antwort heißt es auf Anfrage zur Begründung: Wegen der „besonderen und schwierigen Umstände“, in denen das Hilfsprogramm umgesetzt werde und wegen der „politischen Sensibilität und Bedeutung der palästinensischen Frage“ habe die Kommission die Empfehlung des Rechnungshofes, die Hilfen an Bedingungen zu knüpfen, „nicht akzeptieren können“. Die EU will offenbar gar nicht genau wissen, was mit ihrem Geld so alles geschieht. Ein bodenloser Skandal, der zu solchen Machenschaften nur ermutigt. Die Rechnungsprüfer haben empfohlen, nur noch Bedienstete im Westjordanland zu bezahlen. Doch die Kommission hält diesen Punkt für so delikats, daß sie befürchtet, daran könnte die Aussöhnung von Fatach und Chamas scheitern, obschon diese Aussöhnung längst

stattgefunden hat, so daß Abbas und Chamas-Führer Ismail Hanije bereits mit einer Stimme sprechen, wenn es um eine Verurteilung Israels geht.

Gouverneur Abdallah Frangi glaubt, daß sich die radikale Chamas und die angeblich gemäßigte Fatach noch vor der Geberkonferenz verständigen werden, denn aus eigener Erfahrung ist mir bestens bekannt, wie geldgierig die Araber sind – auch im Zusammenhang meiner langjährigen Tätigkeit mit Oberaufsicht über das SILO-AH-Blindenheim in Beit Jala/Bethlehem. Die Islamisten sollten die Kontrolle über den Gazastreifen ganz an die Autonomiebehörde übergeben, die von der Fatach dominiert wird. Wohl nur dann werden in Kairo die erhofften acht Milliarden Euro zusammenkommen. Frangi verspricht zumindest, sich persönlich dafür einsetzen zu wollen, daß „die Hilfe bei den Menschen ankommen wird“. Zweifel daran sind angebracht, denn bei so vielen Zweifeln und Mißbrauch von Geldzuwendungen bleibt ein dauerhafter und gerechter Friede weiterhin auf der Strecke. Solche Kriege zahlen sich für die Rädelführer aus, auch wenn dabei viele unschuldige Menschen dadurch ihr Leben verlieren.

„Chamas“ errichtet erneut sein zerstörtes Tunnelsystem

Ungeachtet der Auflagen der internationalen Staatengemeinschaft, mit Israel Frieden zu schließen, hat die „Chamas“ damit begonnen, ihr demoliertes Tunnelsystem wieder aufzubauen. Laut YNET vom 20.10.14 haben Reporter der Zeitung von Gaza „Al-Resalah“ Tunnelanlagen besucht, die während der letzten militärischen Auseinandersetzungen von den Israelis zerstört wurden. Die „Izz a-Din al-Qassam Brigaden“, wie sich der militärische Zweig der „Chamas“ nennt, gibt offen zu, daß das Tunnelsystem für erneute Terroranschläge gegen israeli-

sche Bürger wieder hergestellt wird. Der Kommandeur des Bautrupps, Abu-Chaled, räumte ein, daß die Reparationsarbeiten an den Tunnels bereits während der ersten Feuerpause begonnen haben. Während Israel 32 Tunnel der Aktion „Protective Edge“ zerstört hatte, durch die Munition und Raketen geschmuggelt und Terroristen auf israelisches Territorium unterirdisch gelangten, gibt es dem Vernehmen nach noch immer 30 unzerstörte Tunnel. „Chamas“-Kämpfer bedankten sich unterdessen bei ihrem Götzen „Allah“, daß ihre Tunnel wieder einsatzbereit wären. „Chamas“ wartete keinen Moment bei den kriegerischen Auseinandersetzungen

ab, um sich auf eine weitere Runde mit Israel einzulassen trotz der Auflage der Geberstaaten, Israel keinen Vorwand für einen erneuten militärischen Einsatz zu geben, wobei der ehemalige Sicherheitschef Peri einräumte, daß Israel nur ein Drittel der Infrastruktur der „Chamas“ zerstört habe. Giora Eiland zeigte gleichzeitig sein Unverständnis, daß trotz der Feindseligkeiten seitens der „Chamas“ Israel den Gazastreifen mit Elektrizität, Wasser, Zement und sonstigen Waren des täglichen Gebrauchs liefere.

Nach Meinung von Israels Generalstabschef, Benny Gantz, warnt dieser unterdessen vor der noch größeren Gefahr durch die

im Südlibanon operierende „Hisb-Allah“-Miliz, die von dem iranischen Schiitenregime mit Waffen und Katjuscha-Raketen versorgt wird. Daher benötige Israels Armee „Zahal“ zusätzliche 6 Milliarden Schekel, um seine Verteidigungsfähigkeit aufrecht zu erhalten. Zu dieser Bürde kommen noch die vielen ultraorthodoxen Juden hinzu, die keinen Wehrdienst ableisten wollen, aber sämtliche Vorzüge des Staates, wie Steuerbefreiung, Kindergeld und sonstige Sozialleistungen willig entgegennehmen. Wie lange dies finanzierbar ist, wird die Zukunft zeigen.

Klaus Mosche Pütz
Ulla Thiede

WAS IST RECHTE SOLIDARITÄT?

Wenn wir uns in diesem Beitrag Gedanken machen wollen über die rechte Solidarität, dann fällt auf, daß diese in der gegenwärtigen Zeit vielen Zerfallserscheinungen zum Opfer fällt. Maßgebend dabei ist der wachsende Egoismus nicht nur unter den weltlich eingestellten Menschen, sondern auch unter einzelnen Christen und kirchlichen Institutionen.

Im Alten Bund war das Verhältnis zwischen einzelnen und der Gemeinschaft soziologisch von der Clanstruktur der Gesellschaftsordnung und religiös vom Bundesgedanken geprägt. Die einzelnen Glieder innerhalb eines natürlichen Verbandes (Familie, Sippe, Stamm und Gesamtvolk) sind miteinander verbunden durch gleiche Lebensform, Sitte, Überlieferung, Religion und Rechtsordnung. Der Verband ist Schicksalsgemeinschaft in dem Sinn, daß alle seine Glieder Anteil haben an Glück und Unglück, an Fluch und Segen, an den Beziehungen des Ganzen und seiner Repräsentanten (Familienhaupt, Stammvater, charismati-

scher Führer, König) zu Gott, daß aber auch der Gesamtverband und dessen Repräsentanten Gott gegenüber haften für das religiös-sittliche Verhalten, vor allem für die Treue der einzelnen Glieder gegenüber dem Gottesbund. Auf den Nachkommen ruhen somit Fluch und/oder Segen, den die Stammväter oder überhaupt frühere Generationen empfangen (1.Mos. 9,25f.; 12,2f.; 1.Sam. 2,30-36). Die Familie, der Stamm, das Volk werden in das Unheil oder in das Strafgericht einbezogen, hat der Frevel des einzelnen, besonders aber des Familienhauptes, des Stammhüptlings oder gar des Königs heraufbeschworen hat (4.Mos. 16,32; Jos. 7; 2.Sam. 21,1; 24,11-17). Diese solidarische Haftung beruht aber nicht nur auf objektiven Gegebenheiten (Blutsverwandschaft, Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gemeinschaft) und wird darum nicht magisch verstanden, sondern sie ist auch subjektiv, ethisch bestimmt: Die einzelnen Glieder des Verbandes als <ein Fleisch (und ein Ge-

bein)>(1.Mos. 2,23f., 29,14; Ri. 9,2; 2.Sam. 5,1; 19,13f.). Soll das Vergehen eines einzelnen nicht über die ganze Gemeinschaft Schuld und Fluch bringen, dann muß diese mit ihrem sündigen Glied radikal die Solidarität aufheben durch Bestrafung, Ausstoßung oder Auslieferung an den Fluch (4.Mos. 16,24; 5.Mos. 13; Jos. 7; Ri. 20,13f.); ein Frevler ist darum aus seinem Verband <auszuschneiden> (1.Mos. 17,14; 2.Mos. 12,15.19; 3.Mos. 7,20-27). Der schuldig gewordene König kann das Volk aus der Solidarität des Unheils entlassen, indem er das göttliche Strafgericht allein auf sich und seine Familie nimmt (2.Sam. 24,17). Noch stärker subjektiv bedingt, nämlich durch die Gemeinsamkeit der sittlichen Entscheidung, sieht Mosches deuteronomistische Geschichtsschreibung und die der hebräischen Propheten die Solidarität zwischen der gegenwärtigen Generation und den Vätern bzw. zwischen den Führern (Königen, Propheten, Priestern) und dem Volk: Die Söh-